

# Berufsbildung *im Fokus*



**Berufliche Bildung  
und  
duale Ausbildung  
weiterentwickeln**

**Podiumsdiskussion  
zur  
Bildungspolitik**

**Aktuelles aus den  
Bezirks- und  
Ortsverbänden**

# Inhalt

<b>Grußwort</b>	3
<b>Aus der Bildungspolitik</b>	
Podiumsdiskussion mit den Kultuspolitikern der Landtagsfraktionen	4
Berufliche Bildung endlich ernst nehmen – Masterplan berufliche Bildung	5
VLF-Informationsveranstaltung und Aussprache	6
Heiligenstadt: Wegbeschreibung oder Frühlingsmärchen?	7
<b>Aus dem Landesvorstand</b>	
Woran arbeitet der Landesvorstand momentan?	8
<b>Aus den Bezirks- und Ortsverbänden</b>	
Anne-Frank-Ausstellung in Hameln/ Mitgliederversammlung des Ortsverbandes	9
Michael Jansen im Ortsverband Lingen neuer Vorsitzender	9
Entwicklung des ReKo-Prozesses an berufsbildenden Schulen	10
<b>Informationen für Pensionäre</b>	
Bundesverdienstkreuz an unser Ehrenmitglied Dietmar Weritz	12
NBB-Seniorenvertretung	13
<b>Wir informieren</b>	
Delegiertenversammlung des BLVN	14
Unsere Verbandskreditkarte	14
<b>Persönliches</b>	
Wir gratulieren	15
Wir gedenken	15

*Alle Mitglieder erhalten kostenlos den Infobrief „BLVN Aktuell“. Diese aktuellen Informationen erhalten Sie vom Ansprechpartner Ihrer Schule und können ihn auf unserer Homepage*

***[www.blv.nds.de](http://www.blv.nds.de)**  
herunterladen.*

## Impressum

**NEUE ANSCHRIFT**

**Schriftleitung:** Clarissa Herrmann, c.herrmann@blv-nds.de

**Redaktionsteam:** Heinz Ameskamp, Norbert Boese, Clarissa Herrmann, Lothar Lücke, Gerhard Over, Bernd Wübbenhorst

**Autorinnen/Autoren dieses Heftes:** Heinz Ameskamp, Gerhard Over, Günter Bruns, Norbert Boese, Petrina Schöder, Jürgen Korte, Ludwig Most, Peter Bahr, Lothar Lücke

**Herausgeber:** Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

**Geschäftsstelle:** Ellernstraße 38, 30175 Hannover  
Telefon (0511) 32 40 73, [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de)

**Verlag:** dbb Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

**Anzeigen:** Bernd Wübbenhorst, [b.wuebbenhorst@blv-nds.de](mailto:b.wuebbenhorst@blv-nds.de)

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

**ISSN-Nummer:** 2190-7064

**Redaktionsschluss: 12. August 2013**

## Die berufsbildenden Schulen mit einbeziehen

### Berufliche Bildung und duale Ausbildung weiterentwickeln



Heinz Ameskamp

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des BLVN,*

der amerikanische Präsident Obama lobte nach seiner Vereidigung zur zweiten Amtszeit in der Rede zur Lage der Nation ausdrücklich das deutsche Schulsystem und dessen Ausrichtung auf das Berufsleben. „Die deutschen Kinder sind auf einen Arbeitsplatz vorbereitet, wenn sie die Oberstufe abschließen. Er forderte, dass US-Schulen verstärkt kombinierte Abschlüsse anbieten sollten. Diese könnten beispielsweise aus einem allgemeinen

und einem Abschluss in Informatik oder Ingenieurwissenschaften bestehen.“ Eine solche Aussage aus einem prominenten Mund hört man gerne.

Solche Aussagen zur Qualität des deutschen Bildungssystems, die sich meist insbesondere auf unsere berufliche Bildung und die duale Berufsausbildung beziehen, werden immer wieder und öfter auch im sich globalisierenden Europa publiziert und sind deshalb schon nichts Neues mehr. Darauf dürfen unsere Bildungspolitiker zwar stolz sein, sich aber keinesfalls zurücklehnen. Wer den sich abzeichnenden Facharbeiterbedarf entgegenwirken will, muss die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung unverzüglich angehen.

Auch bei uns setzt sich der Wunsch nach einer berufsbezogenen Bildung immer stärker durch, was nicht zuletzt auch aus den stetig wachsenden Schülerzahlen des beruflichen Gymnasiums abzuleiten ist. Die Forderung nach verstärkter Berufsorientierung durch Politik und Wirtschaft schon im allgemeinbildenden Schulwesen ist nur eine logische Konsequenz daraus. An den berufsbildenden Schulen ist dieser Berufsbezug in allen Schulformen schon über Jahrzehnte Alltag und ist den letzten Jahren im Rahmen der beruflichen Prozessorientierung und des handlungsbezogenen Lernens stark intensiviert worden.

Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels in unserer Gesellschaft werden qualifizierte Fachkräfte in immer mehr Regionen immer knapper, unter anderem insbesondere in den technischen Fachbereichen und in den Pflegeberufen. Eine bessere Nachwuchsbewerbung allein reicht nicht aus, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten – vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen wird daraus allenfalls eine andere Verteilung auf die beruflichen Bildungswege resultieren. Die Entwicklungen des gesellschaftlichen und beruflichen Lebens haben sich in den letzten Jahrzehnten dynamischer als je zuvor weiterentwickelt. Deshalb ist neben einem verbesserten Berufsbezug in der Bildung, einer verbesserten Berufsorientierung und Berufsvorbereitung auch die innovative Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung, insbesondere auch mit Blick auf den Fachkräftebedarf in klein- und mittelständischen Unternehmen, und einer betriebs- und wohnortnahen Beschulung unumgänglich.

Nicht vergessen werden dürfen auch die jährlich etwa 55 000 Hochschüler in Deutschland, die ihr Studium abbrechen. Besonders hoch ist die Abbrecherquote unter den Studenten der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik: Fast die Hälfte hält nicht bis zum angepeilten Abschluss durch (iw-dienst | Nr 11 | 14. März 2013 | Seite 8). Diese Personen dual als Fachkräfte auszubilden wird mit dem Blick auf den drohenden Fachkräftemangel für den Betrieb immer interessanter, da sie schon eine Hochschulreife besitzen. Eine Hochschulreife ohne jeglichen Berufsabschluss, auch wenn eine betriebliche Verwertbarkeit vielleicht gegeben ist, ist nicht sinnvoll.

Der BLVN warnt davor, auf eine „zerpflückte“, auf verschiedenen nicht dualen Ausbildungsbausteinen aufbauende Ausbildungsstruktur zu setzen, die nur die betriebliche Verwertbarkeit als Ziel hat und nicht mehr die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Zu jedem beruflichen Handeln, welches in der Ausbildung vermittelt werden soll, gehört Fach-, Individual- und Methodenkompetenz. Nur Schule, ohne die Möglichkeit erworbene Kompetenzen in konkreten betrieblichen Situationen anwenden zu können, ist ebenso wenig zielführend wie nur praxisorientiertes Handeln ohne Theorie. Die Berufsschule als Partner der Ausbildung und zweiter Lernort der bewährten dualen Berufsausbildung verknüpft die berufsrelevanten theoretischen und methodischen Lerninhalte mit praxisrelevanten betrieblichen Handlungssituationen. Zudem fördert sie gezielt die Erlangung der für die betriebliche Praxis erforderlichen Schlüsselqualifikationen sowie die Fähigkeiten zum lebenslangen Lernen.

Deshalb fordert der BLVN alle Beteiligte auf, bestehende und bewährte Modelle beruflicher Bildungsgänge nicht wegen kurzfristiger ökonomischer Überlegungen aufzulösen oder nachteilig zu verändern, sondern nach gemeinsamen Lösungen zur optimalen Förderung beruflichen Nachwuchses zu suchen. Dabei dürfen Auslastungsfragen von Einrichtungen als Folge des Schülerrückganges keine vordergründige Rolle spielen. Zudem müssen Ressourcen im Rahmen der „demografischen Rendite“ in vollem Umfang im System der beruflichen Bildung bleiben und zur Stärkung und Optimierung der beruflichen Bildung im Sinne einer innovativen Weiterentwicklung eingesetzt werden.

Der Wettbewerb um Schüler darf nicht bewirken, dass unser Berufsbildungssystem qualitativ belastet wird und die Absenkung von Standards bewirkt. Die Spitzenorganisation des Handwerks ZDH warnte in ihrer Publikation „Norddeutsches Handwerk“ vom 31. Januar 2013 vor einer Absenkung der Standards „durch die Hintertür“. Es wurde von einem Widerspruch gesprochen, wenn einerseits die hochwertige Ausbildung in Deutschland gelobt wird und andererseits in Kauf genommen wird, dass ihre Standards nach unten nivelliert werden. Im Rahmen von europaweiten Ausbildungsrahmen, geltend für alle EU-Mitgliedsstaaten, besteht diese Gefahr real.

Es geht darum, unsere erfolgreiche deutsche berufliche Bildung zukunftsfähig und zukunftssicher zu machen. Auch in Niedersachsen wird sich der BLVN in Gesprächen mit der Politik und der Wirtschaft zur Erreichung dieses Zieles stark machen; die schlagkräftigen Argumente sind auf unserer Seite.

*In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich*

*Ihr Heinz Ameskamp,  
BLVN-Landesvorsitzender*

## Podiumsdiskussion mit den Kultuspolitikern der Landtagsfraktionen

Die Berufsschullehrerverbände in Weser-Ems haben vor der Landtagswahl 2013 zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wohin führt der Weg für die Berufsbildenden Schulen im Flächenland“ nach Cloppenburg eingeladen.

Auf dem Podium stellten sich MdL Kay Seefried (CDU), MdL Björn Försterling (FDP) und MdL Claus-Peter Poppe (SPD) den Fragen. Heinz Ameskamp vertrat auf dem Podium den BLVN. Die Moderation lag bei Dr. Gerhard Over (BLVN). Die ebenfalls eingeladenen Kultusexpertin der Grünen, MdL Ina Kortner, musste leider absagen.

Seefried machte deutlich, dass in den vergangenen zehn Jahren durch die CDU-geführte Landesregierung viele bildungspolitische Erfolge erzielt wurden. Trotz der Sparauflagen haben wir heute die höchsten Bildungsausgaben in der Geschichte Niedersachsens. Ungeachtet der zurückgehenden Schülerzahlen seien 5 000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden und die Schulabbrecherquote konnte auf 5,6 Prozent nahezu halbiert werden. Im Bildungsranking ist Niedersachsen aufgerückt. Im berufsbildenden Bereich wurde die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt. Den ReKo-Transferprozess weiter zu verbessern, sieht Seefried als vorrangige aktuelle Aufgabe. Sein Dank galt allen Lehrkräften an den berufsbildenden Schulen. Er verwies mit Stolz darauf, wie die duale Ausbildung in Niedersachsen praktiziert wird.

Försterling hob hervor, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben erledigt hat. Die Rahmenbedingungen wurden verbessert und die Lösungen zur Inklusion werden fraktionsübergreifend geregelt.

Poppe vermittelte, dass die niedersächsische Bildungspolitik gescheitert ist. Mit Einführung der Oberschulen wurde die Schulstruktur radikal verändert. Die Hauptschulen haben nicht das erforderliche Profil und die Gesamtschulen werden vernachlässigt. Bei der Bildungsgerechtigkeit bildet Niedersachsen bundesweit das Schlusslicht. Die Übergänge zwischen den Schulformen sind unbefriedigend. Das Verhältnis von Aufstieg und Abstieg liegt bei eins zu zehn. Die Umsetzung des ReKo-Transfers verläuft katastrophal. Problematisch sei die Situation in Bezug auf Verwaltungsleiter, IT-Administration, dem gemeinsamen Budget und der Stellung der Personalräte. Poppe verwies in seinen Statements immer

wieder auf die Landtagsdrucksache 16/4812 vom 22. Mai 2012 (siehe eigenständiger Bericht in dieser BiF-Ausgabe).

Ameskamp plädierte für die Beibehaltung des bisherigen Anmeldetermins bei Vollzeitklassen, beklagte die Bremsen, die den BBS angelegt werden, wünschte eine Lösung bei der Zertifizierung der Schulen, lobte den kompetenzorientierten Unterricht, der an den BBS praktiziert wird, und forderte eine Verteilungsgerechtigkeit der Ressourcen zwischen den allgemeinbildenden Gymnasien und den BBS.

Die Landespolitiker betonten den Vorrang der dualen Ausbildung. Sie waren sich einig, dass der Anmeldetermin für berufliche Vollzeitschulangebote möglichst zum Ende des Schuljahres verlegt werden sollte. Sie erwarten, dass Jugendliche ihre Suche nach einer betrieblichen Ausbildung frühzeitig einstellen, wenn eine Zusage für einen Vollzeitschulbesuch vorliegt. Die Politiker zeigten sich aber offen für die Argumente der Berufsschullehrerverbände, die für die Beibehaltung des Februartermins sprechen. Möglicherweise werden die Politiker wieder von ihrer Absicht abrücken oder einem Kompromiss zustimmen, damit weiterhin eine zeitgerechte Planung im Rahmen der Eigenverantwortung an den BBS möglich ist.

Im Rahmen der Berufsausbildung streben alle eine breite Grundausbildung an. Dadurch können sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten Fachklassen erhalten bleiben. Eine Zersplitterung der Berufe ist nicht gewünscht; Bundes- und Landesfachklassen sollen die Ausnahme bleiben. Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass die anwesenden Politiker ein offenes Ohr haben für die Interessen der berufsbildenden Schulen. Alle möchten die sogenannte demografische Rendite nutzen, um mehr Ressourcen für die Schulen zu schaffen.

Bei den Landtagswahlen im Januar 2013 sind alle wiedergewählt worden und weiterhin im Kultusausschuss des Landtages tätig. Außerdem wurden Claus-Peter Poppe als kultuspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Kay Seefried als bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Björn Försterling als bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion berufen.

*Dr. Gerhard Over*



*Dr. Gerhard Over, Claus-Peter Poppe, Heinz Ameskamp, Kay Seefried und Björn Försterling (von links).*

# „Berufliche Bildung endlich ernst nehmen – Masterplan berufliche Bildung für Qualität und für zukunftsichere regionale Angebote“

Bei der Podiumsdiskussion des Arbeitskreises der Berufsschullehrerverbände in Weser-Ems zum Thema „Wohin führt der Weg für die Berufsbildenden Schulen im Flächenland Niedersachsen“ verwies MdL Claus-Peter Poppe wiederholt auf die Landtagsdrucksache 16/4812 vom 22. Mai 2012, in der die Positionen der SPD-Landtagsfraktion enthalten sind. Hierin wird bemängelt, dass die Entwicklung der berufsbildenden Schulen zu selbstständigen Regionalen Kompetenzzentren nur zögerlich verläuft. Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung, für die Verwaltungsleitungen zusätzliche Stellen bereitzustellen. In Verhandlungen mit den Kommunen ist schnellstmöglich für Klarheit zu sorgen, wie die Zuständigkeiten und Verfahren bezüglich der IT-Administration geregelt werden können, mit dem Ziel einer angemessenen Mittelzuweisung. Die aufgrund des § 112 a NSchG zu erlassende Verordnung für die Option eines gemeinsamen Budgets ist vorzulegen, um eine sachgerechte Bewirtschaftung des Budgets leisten zu können sowie angemessene Ausgleichsmechanismen zwischen Land und Schulträgern verbindlich zu regeln. Im Sinne des gesamten Reformprozesses ist auf Erlasse zu verzichten, die dem Ziel der Eigenverantwortung zuwiderlaufen; stattdessen sei der Fokus auf die Qualitätssteigerung zu legen.

Über die organisatorische Umgestaltung hinaus sei verstärkt die qualitative Weiterentwicklung beruflicher Bildung in den Blick zu nehmen. Um die notwendige Weiterentwicklung der beruflichen Bildung auf Dauer und regional zu gewährleisten, wird ein Masterplan „berufliche Bildung“ eingefordert, der folgende Punkte enthält:

1. In der Unterrichtsversorgung ist eine Gleichbehandlung im Theorieunterricht der berufsbildenden Schulen mit den allgemeinbildenden Schulen zu gewährleisten.
2. Das den Schulen zur Verfügung gestellte Budget muss die Ist-Kosten der zugewiesenen Stellen decken, das bedeutet die Abkehr von Budgetberechnungen über durchschnittliche Bezüge und Gehälter. Umschichtungen in der Lehrkräfteversorgung hinsichtlich der beruflichen Fachrichtungen und Fächer müssen vorgenommen werden können.
3. Es ist ein Konzept zur Sicherstellung der beruflichen Bildung gleichermaßen in der Fläche und in den Ballungsräumen durch Einbeziehung geeigneter Instrumente, wie zum Beispiel Flächenfaktoren, Veränderung der Budgetuntergrenzen oder andere Parameter zu entwickeln.
4. Dem Lehrkräftemangel muss insbesondere in den Bereichen der Metalltechnik, Elektrotechnik, Pflege und Sozialpädagogik durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden.
5. Bei der neuen Kooperationsstelle zwischen Landesregierung und Agentur für Arbeit ist auch eine Vertretung der beruflichen Bildung sicherzustellen.
6. Mit den zuständigen Stellen ist zu erörtern, wie das Verfahren für zusätzliche Zertifikatsanforderungen zur Anerkennung als Weiterbildungsträger (DIN-ISO Zertifizierungen et cetera) erleichtert oder eine Budgeterhöhung für die Zertifizierung zur Verfügung gestellt wird.

7. Im Stellenausgleichsverfahren muss eine Trennung zwischen Fachtheorie und Fachpraxis vorgenommen werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass erforderliche Theoriestellen nachbesetzt werden können.
8. Zur Verbesserung der Kooperation zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sind die Möglichkeiten zur Verrechnung von Stellenanteilen im Rahmen der Berufsorientierung und der Profilbildung zu flexibilisieren und zu optimieren.
9. In der Arbeitszeitverordnung für Schulleitungen sind die Besonderheiten der berufsbildenden Schulen (Vielfalt der Bildungsgänge) angemessen zu berücksichtigen.
10. Es sind mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit Schulpersonalräte sowie Gleichstellungsbeauftragte ihre Mitbestimmungsrechte und Aufgaben wahrnehmen können.“

Als Begründung für den Entschließungsantrag führen die Antragsteller an:

„Bildungspolitik ist die Schnittmenge aller großen Politikfelder, das zeigt sich vor allem im Bereich der beruflichen Bildung. Berufsbildende Schulen haben vielfältige und umfassende Aufgaben zu erfüllen, von der Berufsvorbereitung von Jugendlichen, die keinen allgemeinbildenden Abschluss haben, über schulische Berufsausbildungen bis hin zur Erreichung eines Hochschulzugangs, aber auch Struktur- und Wirtschaftsförderung durch Einrichtung spezieller regionaler Angebote bei besonderem Bedarf. Dabei geht es darum, die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote noch flexibler und differenzierter zu gestalten und zu nutzen und das lebenslange Lernen zu fördern.

Bei der Umsetzung, den Modellversuch ProReKo auf alle Schulen zu übertragen, gibt es nach wie vor Planungs-, Koordinierungs- und Informationsmängel. Durch viele Aspekte wird die Arbeit der Schulleitungen und der Kollegien unnötig belastet. Diese organisatorischen Probleme führen zu erheblicher Doppelarbeit und Verärgerung an den Schulen.

Angesichts des demografischen Wandels werden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes und regionales Berufsschulangebot anbieten zu können. Das regionale Berufsschulangebot ist auch ein wichtiger Bestandteil der regionalen Wirtschaft und des Handwerks. Deswegen ist es nicht hinnehmbar, dass Berufsschulen insbesondere im ländlichen Raum gefährdet sind. Dazu bedarf es eines Konzeptes, das dieses verhindert und Lösungen beinhaltet.

Da die berufliche Bildung nachhaltig zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beiträgt, ist die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems eine der wichtigsten Strategien der Zukunftssicherung.“

*Zusammengefasst und gekürzt von  
Dr. Gerhard Over*

# VLF-Informationsveranstaltung und Aussprache zu Fragen der beruflichen Bildung im Agrarbereich

Der Verband Landwirtschaftliche Fachbildung (VLF) in Niedersachsen lud am 21. Februar 2013 Vertreter aller berufsbildenden Schulen mit Agrarbereich in die DEULA Nienburg ein, um den aktuellen Stand der Diskussion der Berufsbildungspolitik in Niedersachsen zu thematisieren. Der VLF-Landesvorsitzende **Gerd Eimer** begrüßte mehrere Referenten und bedankte sich schließlich für den offenen und kritischen Gedankenaustausch.

Die Leiterin des Fachbereiches „Aus- und Fortbildung – für Haus- und Landwirtschaft“ der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, **Edda Albers**, stellt zunächst die Trends in den verschiedenen Berufen dar:

- Landwirtschaft: Zahl der Lehrlinge auf hohem Niveau stabil
- Fachkraft für Agrarservice: deutlich steigende Zahlen, BBS Ammerland als neuer Schulstandort
- Hauswirtschaft: zurückgehende Zahl der Auszubildenden trotz Fachkräftemangels
- Gartenbau: Zahl der Auszubildenden auf mittlerem Niveau stabil, aber relativ hohe Abbrecherquoten und Durchfallquoten in der Abschlussprüfung

Das Modell „Doppelqualifikation Abitur + Berufsabschlussprüfung“ wird inzwischen erfolgreich in Hildesheim, Aurich, Cloppenburg und Bremervörde angeboten, die BBS Lingen steigt zum Sommer 2013 in diese Schulform ein. Bei der Organisation der verkürzten praktischen Ausbildung gibt es noch offene Fragen – die Meisterausbildung wird mit wieder steigenden Zahlen weiterhin von der Landwirtschaftskammer angeboten. Die Unternehmensschule hat sich als weiteres Angebot inzwischen etabliert: die BBS 3 Oldenburg und die Landwirtschaftskammer Niedersachsen bieten hierbei sowohl den Abschluss der „Zweijährigen Fachschule“ als auch den Abschluss zum Landwirtschaftsmeister an.

Aufgrund der demografischen Entwicklung (zurückgehende Schülerzahlen) sieht die Landwirtschaftskammer (LWK) die „Nachwuchssicherung für die Agrarberufe“ als sehr wichtige Aufgabe an. Als sehr gutes Medium für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen hat sich die „LWK-Ausbildungslandkarte“ herausgestellt. Sie wird laufend aktualisiert, und zukünftig soll jeweils der „Ausbildungsplatz im Monat“ veröffentlicht werden: Hierbei soll jeweils ein Betrieb aus Sicht des Ausbilders, aber auch aus Sicht der Auszubildenden dargestellt werden. Zusammen mit den berufsbildenden Schulen möchte die Landwirtschaftskammer in den nächsten Jahren verstärkt für die „grünen Berufe“ werben.

Die Befragung von Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr „Landwirt/Landwirtin“ brachte überwiegend eine gute bis sehr gute Beurteilung sowohl für die Lehrbetriebe als auch für die berufsbildenden Schulen. Eher kritisch wird von den Auszubildenden die recht lange wöchentliche Arbeitszeit und die geringe Bezahlung während der Lehrzeit gesehen.

Abschließend stellte sich Frau Albers einigen kritischen Fragen. Unter anderem wurde hinterfragt, in welchem Umfang die bestandene Abschlussprüfung in den Agrarberufen als Sachkundenachweis im Bereich „Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ und „Transport von Nutztieren“ gelten kann.

Als Referentin aus der Abteilung 4 – Berufliche Bildung – des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK) stellte **Anja Buml** zunächst die mittelfristige Prognose der Schülerzahl an berufsbildenden Schulen vor. Von derzeit circa 250 000 Schülern an den BBS wird bis 2030 ein Rückgang auf circa 195 000 Schüler erwartet.

Dieser Trend wird zwangsläufig zu Veränderungen in allen Bildungsbereichen führen. Auf Grundlage der Schulstatistik mit derzeit stabilen Zahlen im Agrarbereich wird kein kurzfristiger Anpassungsbedarf gesehen. Über alle Berufsbereiche hinweg ist allerdings erkennbar:

- Schulformen, die höherwertige Abschlüsse vermitteln (berufliches Gymnasium, Fachoberschule, Fachschule), werden vermehrt nachgefragt,
- Schulformen im Übergangsbereich zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsausbildung (Berufsvorbereitungsjahr, Berufseinstiegsschule, Berufsfachschule) unterliegen einer kritischen Überprüfung.

Für die Agrarberufe bestätigte Frau Buml aus Sicht des MK, dass die „Berufsfachschule Agrarwirtschaft“ als erstes Ausbildungsjahr in der Praxis sehr anerkannt und als Übergangsform erhaltenswert ist. Nach der Landtagswahl in Niedersachsen ist derzeit noch nicht erkennbar, welche Schwerpunkte die neue Landesregierung kurz- und mittelfristig in Angriff nehmen wird. Die Sicherung der BBS-Standorte in ländlichen Regionen war allerdings bei beiden jetzt regierenden Parteien in den Wahlprogrammen als wichtiges Arbeitsfeld beschrieben worden.

Aus Sicht des VLF-Landesverbandes und des Niedersächsischen Landvolkverbandes nahm **Gerd Eimer** zur „Zukunft der agrarischen Bildung“ Stellung. Nach seiner Einschätzung hat Niedersachsen bundesweit das dichteste Netz an Agrar-Berufsschulen. Dies führt er auf die gute Kooperation zwischen Berufsstand, Landwirtschaftskammer und berufsbildenden Schulen zurück. Er bestätigt die hohe Wertschätzung der „Berufsfachschule Agrarwirtschaft“ im Berufsstand. Aktuell hat sich auch der Lohnunternehmerverband Niedersachsen erneut für die Berufsfachschule als erstes Lehrjahr der Fachkräfte für Agrarservice ausgesprochen. Die – noch bessere – Integration von Auszubildenden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund in die Agrarberufe wird als wichtiges Arbeitsfeld beschrieben.

Gerd Eimer berichtete, dass der Deutsche Bauernverband derzeit keinen Bestrebungen hat, die Neuordnung des Berufes Landwirtin/Landwirt auf die Agenda zu bringen (zuletzt 1996 neu geordnet). Allerdings sieht er den Bedarf für bundesweite Absprachen über Inhalte und Methoden, zum Beispiel über den Bundesverband der zuständigen Stellen (LWKs). Insbesondere fordert er die verstärkte Vermittlung von Sozialkompetenz im Rahmen der Berufsausbildung. Die kritische Begleitung der Neuausrichtung der „Überbetrieblichen Ausbildung (ÜA)“ am Standort Echem hält er für sehr wichtig. Für die Meisterausbildung forderte Gerd Eimer, im Teil 3 – Unternehmensführung – stärker auf die Rolle der Betriebsleiter als Arbeitgeber einzugehen (Menschenführung, Management).

Als Handlungsfeld für die berufsbildenden Schulen ging Gerd Eimer zum Schluss auf die Anrechenbarkeit von berufsqualifizierenden Abschlüssen auf das Studium ein. Die Meisterprüfung beziehungsweise der Abschluss der zweijährigen Fachschule kann so teilweise auf das Studium im Agrarbereich angerechnet werden. Erste Erfahrung sammelt damit die Universität/Fachhochschule Osnabrück. Den berufsbildenden Schulen empfiehlt Gerd Eimer, sich bei der Umsetzung des Deutschen/Europäischen Qualifizierungsrahmens (DQR/EQR) um diesen Bereich zu kümmern.

Als Referentin der Veranstaltung berichtete die „Fachberaterin Agrarwirtschaft“ der Niedersächsischen Landesschulbehörde, **Mechthild Pölking-Oeßelmann**, über die Umsetzung der Lehr-

planvorgaben im Unterricht der agrarischen Berufsschulklassen. Sie bestätigt den Schulen eine gute Arbeit bei der Umsetzung des handlungsorientierten, an der Praxis ausgerichteten Unterrichtes. Für sie ist der Zeitpunkt für die Neuordnung des Berufes Landwirtin/Landwirt und die Neugestaltung des Rahmenlehrplans für den Berufsschulunterricht (an Lernfeldern orientiert) gekommen. Aktuelle Entwicklungen in der Landwirtschaft müssten in die Vorgaben eingearbeitet werden, zum Beispiel „Landwirtschaft in Wasserschutzgebieten“, „Biogas in der Landwirtschaft“ und „Einkommensalternativen“. Die fächerübergreifenden Ansätze kommen in den bisherigen Lehrplanvorgaben und in der praktischen Umsetzung noch zu kurz.

Da alle berufsbildenden Schulen aufgefordert sind, **schuleigene Curricula** zu entwickeln und zu einer **didaktischen Jahresplanung** auszuformulieren, bietet die Fachberaterin hierfür folgende Kurse an:

11.04.2013 –  
BBS Verden – Ausbildungsberuf Landwirt/-in

23.04.2013 –  
BBS Osnabrück-Haste – Ausbildungsberuf Gärtner/-in

29.04.2013 –  
Hannoveraner-Zuchtverband Verden – Ausbildungsberuf Pferdewirt/-in

Mit einem Dank an die gastgebende DEULA in Nienburg schloss Gerd Eimer die Veranstaltung. Es wurde vereinbart, den VLF-Landesverband auch weiterhin regelmäßig als Gastgeber zu nutzen, um einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den berufsbildenden Schulen, der Landwirtschaftskammer und dem Niedersächsischen Kultusministerium herbeizuführen.

*Günter Bruns,  
Bezirk Oldenburg*

## Heiligenstadt: Wegbeschreibung oder Frühlingsmärchen?

(rb) Hannover. Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat am Freitag die seit längerer Zeit erwartete Unterrichtung über die Zielsetzung und Schwerpunkte der rot-grünen Schulpolitik im Kultusausschuss des Landtags abgegeben. Demnach setzt die Ministerin vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen auf regionale Bildungsnetzwerke. Für die kommenden fünf Jahre stünden unter anderem die frühkindliche Bildung, die Betreuung und Erziehung in den 5 000 Einrichtungen des Landes für Kinder bis zu 14 Jahren im Mittelpunkt. Dafür solle das mittlerweile über 20 Jahre alte Kitagesetz grundlegend novelliert werden; die Neufassung solle bis zum Kindergartenjahr 2015/2016 in Kraft treten und ein „echtes Kinderförderungsgesetz“ werden, sagte Heiligenstadt. Die SPD-Politikerin kündigte zudem an, dass die inklusive Tagesbetreuung – die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung – wie in den Krippen auch in den Horten ermöglicht werden soll. Für entsprechende Vereinbarungen sei sie bereits im Gespräch mit dem Sozialministerium. In einem Aktionsprogramm zur inklusiven Schule sollen Maßnahmen für die Entwicklung der Lehrerfort- und -weiterbildung erarbeitet werden. Schließlich sollen die allgemeine und die berufliche Bildung als gleichwertig betrachtet werden, sagte Heiligenstadt. Stichworte hierzu sind das Recht auf Ausbildung, der „Einstieg in anerkannte Berufsausbildungen“, die Weiterentwicklung der Qualität in der beruflichen Bildung sowie eine wohnortnahe berufliche Grundbildung. Nicht zuletzt sollen auch die berufsbildenden Schulen zu inklusiven Schulen ausgebaut werden.

Die Kultusministerin hat für ihre Einlassungen im Kultusausschuss erwartungsgemäß die volle Zustimmung der Regierungsfractionen bekommen; dort sieht man sich umfassend, grundlegend und detailliert informiert und würdigt die Dialogorientierung der Ministerin mit den Themen G 8/G 9, Inklusion, frühkindliche und berufliche Bildung. Demgegenüber äußerte sich die Opposition zutiefst enttäuscht („Fraukes Frühlingsmärchen“), vor allem, weil ein großer Teil der gestellten Fragen unbeantwortet geblieben sei. Für die „wohlklingenden Ziele“ fehlten Hinweise auf die konkrete Umsetzung, etwa für die Kompensation der Studienbeiträge von sechs Millionen Euro, meinte der CDU-Schulpolitiker Kai Seefried. Zudem sei kein Wort über die Zukunft der Förderschulen gefallen. Sein FDP-Amtskollege Björn Försterling kritisierte unter anderem die bloße Ankündigung von Gesprächen, Kongressen, Foren und Arbeitskreisen, von denen das neue „Gesamtschulbevorteilungsgesetz“ ohnehin ausgeschlossen sei.



## Schwerpunktt Themen der Landesverbandsarbeit

### Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

Die neue politische Konstellation des Landtages nach den niedersächsischen Landtagswahlen erfordert vom Landesvorstand eine zügige Kontaktaufnahme mit den für uns zuständigen, politisch verantwortlichen Personen. Erste Kontakte sind mit der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) hergestellt, Gespräche werden dazu in Kürze folgen.

Dazu können wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass Niedersachsens neue Kultusministerin Frauke Heiligenstadt der Bitte der Berufsschullehrerverbände BLVN und VLWN gern nachkommen und auch mit ihnen ins Gespräch über die künftige Bildungspolitik der Landesregierung kommen will, insbesondere auch über die zukünftige berufliche Bildung in Niedersachsen. Die neue Landesregierung sähe allgemeine und berufliche Schulen als gleichwertig an, betonte die Kultusministerin am 28. Februar 2013 und kündigte an, sie werde „als Ausdruck eines neuen Politikstils“ in den kommenden Wochen in einen intensiven Dialog mit allen Bildungsakteuren treten.

Die Optimierung der Umsetzung des ReKo-Prozesses an den berufsbildenden Schulen ist dabei weiterhin eines unserer zentralen Anliegen. Zum Gesetz konnte der BLVN – wie bereits mehrfach berichtet – an vielen Stellen entscheidenden Einfluss im Sinne unserer Vorstellungen zur beruflichen Bildung und im Sinne der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen nehmen. Der BLVN fordert weiterhin ein umfassendes Unterstützungs- und Beratungssystem für die Schulen. Für notwendige Versetzungen und Abordnungen ist die Einrichtung einer Clearingstelle bei der LSchB auf den Weg gebracht worden. Auch hier wirkt unser Verband in Kooperation mit dem VLWN ebenso mit wie in anderen Arbeitsausschüssen zur Lösung der noch vorhandenen Fragen. Wir sind zuversichtlich auch mit der neuen Landesregierung einvernehmlichen Lösungen zu finden.

Ebenfalls fordern wir eine Lösung für die Finanzierung des Stellenplans der Schulen auf der Basis der tatsächlichen Personalkosten abweichend von den Landesdurchschnittswerten mittels zum Beispiel Auf- beziehungsweise Abschlägen. Die bisher angesetzten Landesdurchschnittswerte berücksichtigen nicht die tatsächlichen Kosten an den BBSen. Eine Lösung dazu wurde vom vorherigen Kultusminister auf dem niedersächsischen Berufsschultag bereits angekündigt. Wir werden die neue Landesregierung, insbesondere die neue Kultusministerin, dazu in die Pflicht nehmen.

Der Vorstand der Kooperationsgemeinschaft zwischen dem BLVN und VLWN tagt regelmäßig mit drei stimmberechtigten BLVN- und VLWN-Mitgliedern. Der BLVN wird von Heinz Ameskamp, Gabriele Droste-Kühling und Norbert Boese vertreten, der VLWN von Jürgen Brehmeier, Gerd Reddig und Dieter Hartmann. Als beratendes Mitglied nimmt Peter Weers vom Info-Ausschuss themenbezogen teil. Wesentliche Anliegen sind dabei die obengenannten Punkte sowie Fragen gemeinsamer Publikationen und Forderungen für unsere Mitglieder gegenüber dem Dienstherrn.



Die Arbeit gestaltet sich im Wesentlichen partnerschaftlich und konstruktiv und stärkt unser Auftreten gegenüber dem MK.

Ein neuer gemeinsamer BLVN-VLWN-Berufsschultag ist für das Frühjahr 2014 geplant.

BLVN und VLWN fordern gemeinsam einen Bildungsgipfel zur beruflichen Bildung mit allen daran beteiligten Akteuren. Unsere Verbände werden darauf die Interessen der beruflichen Schulen zu vertreten. Insbesondere die Zukunft der Berufseinstiegsklassen und der Berufsfachschulen ist ins Visier der Wirtschaftsinstitutionen geraten; auch über die duale Ausbildung insgesamt muss miteinander, nicht übereinander gesprochen werden.

Die BLVN-Grundsatzkommission tagt regelmäßig, zuletzt am 11. März 2013 auf ihrer mittlerweile vierten gemeinsamen Sitzung. Die AGs treffen sich zu vorbereitenden Arbeiten dazu an verschiedenen Standorten. Zunächst sind in den AGs drei Arbeitsschwerpunkte mit den Themen Schulpolitik, ReKo/Arbeitsbedingungen und Lehrerausbildung/Lehrerfortbildung bearbeitet worden. Noch vor den Osterferien werden die ersten Ergebnisse zu den drei genannten Themen in die Bezirke versandt werden, damit diese mit den Mitgliedern vor Ort in den Bezirksverbänden beziehungsweise in den Ortsverbänden diskutiert werden können mit dem Ziel konstruktiver Rückmeldung.

Der BLVN erstellt zurzeit ein Fortbildungsprogramm für das Jahr 2013. Ideen und Vorschläge dazu werden nach wie vor gerne entgegengenommen, auch Kursangebote der Mitglieder werden nach Absprache gerne aufgenommen. Im Rahmen von BLVN-Fortbildungen werden neben fachlichen und pädagogischen Themen auch Netzwerke beziehungsweise Arbeitsplattformen für BLVN-Funktionsträger auf verschiedenen Ebenen geschaffen zwecks gegenseitiger Unterstützung und Erfahrungsaustausch.

Die Unterrichtsversorgung und der Lehrernachwuchs an den berufsbildenden Schulen, insbesondere in den Mängelfächern, sind für den BLVN nach wie vor ein wesentliches Thema, auch in Gesprächen mit der neuen Landesregierung. Eigene BLVN-Positionen werden dazu in Gesprächen mit dem MK, mit den Universitäten und den Studienseminaren regelmäßig vertreten.

*Norbert Boese,  
BLVN-Landesvorstand*

## Hameln:

### Anne-Frank-Ausstellung in Hameln/ Mitgliederversammlung des Ortsverbandes



Vom 9. November bis zum 30. November 2012 war die Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ in Hameln zu sehen. Die Ausstellung erzählte Anne Franks Lebensgeschichte und verknüpfte sie mit historischen Ereignissen. Die Ausstellung be-

fasste sich ebenfalls mit heutigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und beleuchtete die Wichtigkeit von Menschenrechten und Zivilcourage heute. Schülerinnen und Schüler der Elisabeth-Selbert-Schule führten als Guides circa 1 200 Jugendliche und Erwachsene durch die Ausstellung. Begleitend gab es ein großes Rahmenprogramm, das der Trägerkreis der Ausstellung organisierte.

Einige Mitglieder des BLVN-Ortsverbandes Hameln haben am 21. November 2012 diese Ausstellung im Rahmen einer Mitgliederversammlung besucht. Für die aktiven wie bereits pensionierten Lehrkräfte, war es neben den interessanten Informationen über die historischen Ereignisse eine besondere Erfahrung, von Schülerinnen und Schülern durch die Ausstellung begleitet zu werden.

Viel Lob erteilten die Besucher am Ende der Veranstaltung den kompetenten, sachlichen und engagierten Guides sowie der informativen, methodisch gelungenen Darbietung.

Im Anschluss trafen sich die Kolleginnen und Kollegen in einem Gasthof in Unsen zum zweiten Teil der Mitgliederversammlung.

Nach einem Kurzbericht des Vorstandes über organisatorische Belange wurden wieder bewährte Kolleginnen und Kollegen geehrt.

Im Namen des Landesverbandes und des Ortsverbandes gratulierte Frau Schröder, die erste Vorsitzende, folgenden Kolleginnen und Kollegen zur langjährigen Mitgliedschaft. Durch diese Mitgliedschaft bekundeten sie, dass sie die Arbeit des Verbandes als notwendig erachteten und sie unterstützen.

#### 30 Jahre:

Herr Wolfgang Hartmann, Herr Wilhelm Westermann

#### 45 Jahre:

Frau Edeltraut von Hörsten, Herr Ernst-Jürgen Mehrens

#### 55 Jahre:

Frau Elisabeth Pellens, Herr Sigmund Siart

Frau Schröder bedankte sich bei Frau von Hörsten, dass sie nach der Fusion von BLBS und VLAEH zum BLVN im Ortsverein Hameln die Arbeit als Schriftführerin übernommen hat. Den Abschluss bildete ein gemeinsames Abendessen mit Grünkohl und Bregenwurst, wie es im Kalenberger Land im November üblich ist.

*Petrina Schröder*



*Geehrt wurden im Ortsverband Hameln für langjährige Mitgliedschaft (von links): Ernst-Jürgen Mehrens, Elisabeth Pellens, Wolfgang Hartmann, Wilhelm Westermann, Sigmund Siart, Edeltraut von Hörsten, Andreas Heinebrodt (2. Vorsitzender).*

## Lingen:

### Michael Jansen im Ortsverband Lingen neuer Vorsitzender

Nach der erfolgreichen Fusion der beiden Ortsverbände in Lingen ist nunmehr Herr Michael Jansen von den BBS Lingen, land- und hauswirtschaftliche Fachrichtungen, neuer Ortsvorsitzender. Thomas Büscher von den BBS Lingen, gewerbliche Fachrichtungen, wurde für seine Tätigkeit mit einem Präsent bedacht und ihm für die fast fünfjährige Arbeit gedankt. In dieser Zeit hat er die Fusion organisiert und den Informationsfluss auf neue FüÙe gestellt.

Als Gastredner berichtete der Erste Kreisrat des Landkreises Emsland, Herr Martin Gerenkamp, von der demografischen Entwicklung der Region und die Bedeutung für die emsländische Schullandschaft. Er betonte, dass das Emsland gerade für junge Familien eine „TOP-Region“ sei mit bestmöglichen Chancen und Perspektiven im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Der Landkreis mit 24 kreiseigenen Schulen investierte im letzten Jahr 2,7 Millionen Euro.

Gerenkamp betonte den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung und hob die beruflichen Gymnasien als gute zusätzliche Möglichkeit zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife hervor. Der Landkreis sieht es als Ziel an, ein breit gefächertes Schulangebot und eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung an den BBSen vor Ort sicherzustellen.

Jürgen Korte vom BLVN-Landesvorstand informierte in seinem Referat über die schulpolitischen Absichten der neuen Landesregierung, wie sie im Koalitionsvertrag bezogen auf die berufliche Bildung formuliert sind.

Korte stellte klar, dass der BLVN die Arbeit der Politik weiterhin kritisch begleiten und, wo nötig, unterstützen wird. Ferner wird der BLVN die Regierung an ihren „richtigen“ Zielen messen.



1. Kreisrat Martin Gerenkamp, Landkreis Emsland, Thomas Büscher (Vorstand), Michael Jansen (1. Vorsitzender), Heinz Siegbert (Kassenwart) (von links).

### Auszugsweise hier einige Positionen aus dem Koalitionsvertrag, die eingefordert werden:

- Öffnung der Hochschulen bedeutet auch bessere Angebote für beruflich Qualifizierte und für Weiterbildung.
- Bei der Öffnung der Hochschulen können sie (Anmerkung der Redaktion Fachhochschule) für Absolventen der beruflichen Bildung eine Vorreiterrolle übernehmen.
- Bestehende Standorte werden ausgebaut und das Fächerspektrum ausgeweitet. Dazu zählt der Aufbau neuer Studiengänge im Gesundheits- und Erzieherbereich.
- Deshalb muss die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden. (Anmerkung der Redaktion „Offene Hochschule“) ... berufsbegleitende Teilstudiengänge ...
- ... durch bessere berufliche Bildung den hohen Anteil von scheiternden Jugendlichen senken und ihr Recht auf Ausbildung verwirklichen.
- ... Ausbau der schulischen Sozialarbeit.
- ... alle Studienseminare bei ihrer systematischen Qualitätsentwicklung umfassend unterstützen und Einzelheiten dazu in einem Lehrerbildungsgesetz definieren.
- ... die bisher starre und von Verboten gekennzeichnete Schulstrukturpolitik beenden. Damit können die kommunalen Schulträger künftig ein regional angepasstes, flexibles und stabiles Schulangebot vorhalten, das den Anforderungen an hohe Qualität und demografische Veränderungen entspricht.
- ... dass die Qualität der beruflichen Bildung und eine möglichst wohnortnahe berufliche Grundbildung erhalten bleiben.
- Die rot-grüne Koalition wird für die Umsetzung des Rechts auf Ausbildung eng mit den Akteuren der beruflichen Bildung, insbesondere mit den berufsbildenden Schulen, der ausbildenden Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Schulträgern zusammenarbeiten.
- Weiter wird sie eine „Fachkommission Pflege“ ins Leben rufen, die die landespolitischen Initiativen unter Einbeziehung der Verbände mit folgendem Ziel vorbereitet:
  - verstärkte Anstrengungen zur Zusammenführung einer Grundausbildung von Alten-, Kranken- und Gesundheitspflege.

**Auszüge zu Aussagen, die so als sehr kritisch oder hoch problematisch für die Zukunft der BBSen anzusehen sind und dringenden Beratungs- beziehungsweise Handlungsbedarf nach sich ziehen:**

- ... für alle Lehrämter ein sechssemestriges Bachelor- und ein viersemestriges Masterstudium vorsehen.
- ... Aufbau von multiprofessionellen Beratungs- und Unterstützungsteams auf regionaler Ebene.
- ... Vorrang hat die Ausbildung im dualen System. Wer dort keinen Ausbildungsplatz erhält, soll spätestens ein halbes Jahr nach Verlassen der Schule in eine anerkannte Berufsausbildung eintreten können. Diese wird in enger Kooperation mit Betrieben durchgeführt. (Anmerkung der Redaktion: Wo bleiben da die BBSen? Der Grundsatz wird auch von den BBSen geteilt, aber wie sind die BBSen beteiligt? Verkommen wir zur „Restschule“? Wird die berufliche Bildung privatisiert? Bestrebungen, die Schulpflichterfüllung an den BBSen zu ändern und die Erschwerung der Zertifizierungen für BBSen deuten stark darauf hin.) Ziel ist, dass die jungen Auszubildenden währenddessen möglichst unter Anerkennung der erbrachten Ausbildungsleistung in die duale Ausbildung der Betriebe übergehen und mehr junge Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung erfolgreich abschließen können. Gelingt der Übergang in die duale Ausbildung nicht, greift nach dem ersten Jahr die öffentlich geförderte Ausbildung, die mit einer Kammerprüfung abschließt.
- ... KMU und Handwerk ... vor allem in folgenden Bereichen fördern beziehungsweise unterstützen:
  - bei der Fachkräftesicherung einschließlich Aus- und Weiterbildung sowie der
  - Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU)-Förderung im Handwerk.
  - Deshalb werden diese Bereiche auch beim **Mitteinsatz** im Fokus künftiger Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung stehen.

Jürgen Korte



Schulleiterin Petra Niewiera bedankt sich bei dem scheidenden Vorsitzenden Thomas Büscher für die geleistete Arbeit.

## Entwicklung des ReKo-Prozesses an berufsbildenden Schulen

Am traditionellen Neujahrsempfang der Berufsschullehrerverbände in Weser-Ems im Osnabrücker Parkhotel nahmen etwa 30 Personen teil. Als Sprecher des Arbeitskreises begrüßte Dr. Gerhard Over besonders den Leiter der Regionalabteilung Osnabrück der Niedersächsischen Landesschulbehörde, Horst-Dieter Husemann, die Dezernentin Monika Homann, die Dezernenten Friedrich-Wilhelm Rittmeister und Oliver Pundt, den Leiter des Studienseminars Osnabrück, Matthias Möllering, den BLVN-Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp sowie die stellvertretende Landesvorsitzende des VLWN, Astrid Eschmeier.

In seinen Grußworten äußerte Horst-Dieter Husemann, dass trotz des Personalabbaus das Verhältnis zwischen der Schulaufsicht und den Schulen einen Aufschwung bekommen hat.

Oliver Pundt vom Dezernat 4 der Landesschulbehörde berichtete ausführlich über die „Entwicklung des ReKo-Prozesses an berufsbildenden Schulen“. Innerhalb dieses Prozesses wurden zunächst die Arbeitspakete Qualitätsmanagement, Bildungsangebote, Budgetierung, Personalmanagement, Schulverfassung, Steuerung und Unterstützungssysteme ins Blickfeld gerückt. Die erkannten Probleme wurden im vergangenen Jahr in einer Arbeitsgruppe erörtert, in die auch die Vorsitzenden der beiden Berufsschullehrerverbände, Ameskamp, und Brehmeier, eingebunden waren. Für die Themenbereiche Ausweisung von Funktionsstellen, Auskömmlichkeit des Budgets, Verbleib der Haushaltsausgabenreste, Budgetausgleich für Sonderfälle, Stellenumwandlungen, Versetzungen und Unterrichtsversorgung hat die Arbeitsgruppe Optimierungsvorschläge formuliert, die möglichst umgehend umgesetzt werden sollen.

Im Erlass „Besetzung von Funktionsstellen“ vom 11. Oktober 2012 ist die Verteilung der Stellen zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben (A 15) sowie der Funktionsstellen auf der Ebene von A 14 und A 10 an öffentlichen berufsbildenden Schulen geregelt. Vorgehalten werden demzufolge 600 A 15-Stellen für die Koordinierungsebene, 2 400 A 14-Stellen und 1 170 A 10-Stellen.

Da die Durchschnittswerte des Budgets für die Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen aufgrund der

unterschiedlichen Biografien voneinander abweichen, ist ein Korrekturfaktor notwendig, Dieser soll aus den Personal-Ist-Kosten der Schule im Verhältnis zu den Durchschnittssätzen ermittelt werden.

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, dass künftig die Haushaltsausgabenreste zu 90 Prozent auf das Folgejahr übertragen werden können. Allerdings darf der Betrag nicht höher sein als drei Prozent des zugewiesenen Schulbudgets.

Im Regelfall sind Versetzungen zwischen den betroffenen Schulen zu klären. Auf Wunsch erfolgt eine Beratung durch die dienst-vorgesetzte Behörde. In strittigen Fällen fällt die die Behörde die Entscheidung. Es gilt weiterhin der Grundsatz „Versetzung vor Neueinstellung“.

Als Ziel gilt, Qualitätsentwicklung im Sinne der Schülerinnen und Schüler durch eine hohe Eigenverantwortung in den Schulen zu bewirken. Dieser Grundgedanke macht aber die Aufsicht nicht entbehrlich, weil die Schule in staatlicher Verantwortung bleibt. Steuerung und Intervention der Schulaufsicht betrifft in besonderem Maße:

- Entscheidungen zur Ressourcenverteilung: für Unterrichtsversorgung und Schulbetrieb (Stellenplan) sowie der Lehrerausbildung
- Auswertung der Inspektionsberichte und Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Schulen,
- Interventionsentscheidungen, Krisenmanagement, Beschwerdemanagement und
- Auswahl von Schulleitungen sowie
- Funktion als Dienstvorgesetzte für Schulleiter und Lehrkräfte

Das Treffen wurde abgerundet durch eine rege Diskussion und einem intensiven Gedankenaustausch.

*Dr. Gerhard Over*



*Oliver Pundt (links) und Horst-Dieter Huseman*

## Bundesverdienstkreuz an unser Ehrenmitglied Dietmar Weritz

„Dietmar Weritz wurde mit der höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland geehrt.“ So die Cuxhavener Nachrichten vom 7. Mai 2013. Weiter der Cuxhavener Landrat Kai-Uwe Bielefeld in seiner Laudatio: „Er war Schulleiter, managte Wahlkämpfe, ebnete jungen Sportlern den Weg zu internationalen Erfolgen und setzte beziehungsweise setzt sich für Menschen ein, die mit einem Handicap ihr Leben bestreiten. Ein Engagement, das ihn auch aus Überzeugung im Alter von 86 Jahren nicht loslässt. Besonderer Dank gebührt aber auch seiner Ehefrau Ilse Weritz, die sich ebenso engagiert für die Allgemeinheit einsetzt – unter anderem im 2009 eingeweihten Mehrgenerationenhaus, zu dessen Wegbereitern Dietmar Weritz zählt.“ In einem leidenschaftlichen Appell warb Dietmar Weritz zum Abschluss der Feier für den Einsatz für die Allgemeinheit: „Es geht nicht um das ‚Ich‘, es geht um das ‚Wir‘ in unserer Gesellschaft“.

Für unseren Verband sprach Ludwig Most bei der Verleihung ein Grußwort, das wir im Folgenden abdrucken:

*Sehr verehrte Frau Weritz, lieber Herr Weritz, meine sehr geehrten Damen und Herren,*

*im Namen des Landesvorstands und der Seniorengruppe des BLVN – das ist der Berufsschullehrerverband in Niedersachsen – gratuliere ich Ihnen, Herr Weritz, von ganzem Herzen zu der verdienten Würdigung Ihrer Leistungen.*

*Das Internet weist in 0,16 Sekunden 18 000-mal Schlagworte zu Dietmar Weritz nach. Ich selbst kann nur einen kleinen Ausschnitt, einen Mosaikstein aus Ihrem Lebenswerk ansprechen, dort aber haben Sie meine absolute Anerkennung.*

*Zunächst Ihre dienstliche Leistung, die, wie ich weiß, zwar nicht als Verdienst berücksichtigt werden darf oder womöglich ordensfähig wäre, schließlich hat Ihr Dienstherr Sie ja dafür „bezahlt“: Als Schulleiter und Kollege waren Sie aber absolut anerkannt und immer hilfreich und loyal, und unsere Schulen haben als Nachbarn stets gut zusammengearbeitet.*

*Dann aber Ihr Ehrenamt: Da haben Sie, Herr Weritz, sich im Stillen ein ausgesprochen verflochtenes Ämter-Labyrinth aufgebaut. Man kann fast von „Ämterhäufung“ sprechen:*

*„Kernelement einer humanen Gesellschaft“, wie McAllister Ihnen mal anerkennend fürs Poesiealbum sagte, „ist das Ehrenamt, ohne das eine Demokratie nur eine dürre Hülse ist.“*

*Dort im Ehrenamt kann ich Ihre Leistungen für unseren Lehrerverband konkret beurteilen.*

*Sie haben über den Verband mitgewirkt an der Aufstellung der Berufsfelder, an der Entwicklung der verschiedenen Schulformen von der mal zweijährigen Teilzeit-Berufsschule über das BGJ, die Berufsfachschulen, die Fachschulen, Fachoberschulen, Fachgym-*

*nasien und so weiter Und sie haben auf Kreis-, Bezirks-, Kammer- und Landesebene erfolgreich gekämpft für die Ausbildung und die Anerkennung und Gleichstellung landwirtschaftlicher und berufsbildender Lehrer mit den allgemeinbildenden Kollegen. Was für ein großer Bogen.*

*Seit fast 60 Jahren sind Sie Mitglied in unserem Lehrerverband, seit 1955. In den Unterlagen werden Sie 1969 das erste Mal als Beisitzer im Vorstand vermerkt. Von 1977 bis 1989 waren Sie unser erster Vorsitzender und aus diesem Amt heraus auch viele Jahre der Vorstandssprecher aller Berufsschullehrerverbände in Niedersachsen. Aufgrund Ihrer Verdienste wurden Sie zu unserem Ehrenmitglied ernannt.*

*Wir wohnen hier im schönen Norden, weitab von der Zentrale in Hannover. Das hat auch große Vorteile, die Verbandsarbeit war aber für Sie immer mit Reisen verbunden.*

*Jahrelang sind Sie bei Wind und Wetter, Eis und Schnee nach Hannover zu unseren Verbandssitzungen gefahren, zum Beispiel mit Elisabeth Rothe, ihrer Stellvertreterin, die Sie regelmäßig erst in Schiffdorf nach der Schule einsammeln mussten, um dann die Sitzungen mit ihr unterwegs vorzubespochen, oder mit Ludwig Bohne, unserem leider schon verstorbenen Rechtsexperten, dem Sie zuletzt als wahrer Freund und Weggefährte die Grabrede hielten. Persönlicher Einsatz, Pflichtgefühl, Beharrlichkeit und hohe Sachkompetenz, das zeichnet Sie aus!*

*Es sind wohl viele 1 000 Kilometer, die Sie auf der Strecke nach Hannover für uns kutschiert sind: zu unseren Sitzungen, zu Terminen im Kultusministerium, zu den Kammern und den anderen Lehrerverbänden. Nach getaner Arbeit haben Sie am Walsroder Dreieck noch mal dem Kollegen aus Ostfriesland guten Weg zugehupt und sind tief in der Nacht wieder nach Hause gekommen, um am nächsten Morgen frisch und munter Ihren Dienst zu tun.*

*Sie sind nicht das, was man unter einer „grauen Eminenz“ versteht, die im Hintergrund bleibt und die Strippen zieht. Nein, Sie haben wohl die Übersicht, auch den Einfluss, Sie sind aber ein Macher. Bis heute aktiv, allen Gebrechen zum Trotz, sowohl in unserem Verband wie bei politischen Empfehlungen. Mancher Schulleiter hat seine Ernennung Ihnen zu verdanken. Manches Vorstandsmitglied im Verband wurde auf Ihren Vorschlag ins Amt gewählt. Bis heute leiten Sie die Seniorenabteilung des Lehrerverbandes in unserem Bezirk.*

*Cicero sagte mal: „Ehrung ist Belohnung für Tüchtigkeit.“ Ich ziehe meinen Hut vor Ihrer Leistung, Herr Weritz. Haben Sie Dank für alles, was Sie für unseren Verband und für die berufsbildenden Lehrer und damit im Sinne von McAllister für die Demokratie geleistet haben. Sie haben sich den Verdienstorden wirklich verdient!*

*Damit Sie in Ihrer Mußzeit die Ordensverleihung zusammen mit Ihrer Frau noch mal nachbesinnen können, hab ich aus meiner Heimat ein Fläschchen Unstrut-Wein hier für Sie. Lassen Sie es sich schmecken.*

*Vielen Dank!*

# NBB-Seniorenvertretung (Kommission für Seniorenarbeit)

Nach erfolgter Erstellung der

## INFORMATIONSMAPPE für Seniorinnen und Senioren

durch die NBB-Kommission für Seniorenarbeit, tätig seit Anfang 2010, und der Veröffentlichung innerhalb der 36 Fachgewerkschaften und -verbände sowie der Stadt- und Kreisverbände des Niedersächsischen Beamtensbundes, wird sich jetzt die NBB-Seniorenvertretung mit einem in Niedersachsen noch nicht vorhandenen

### niedersächsisches Seniorenmitwirkungsgesetz

befassen und bei der Erstellung des Gesetzes intensiv mitarbeiten. Unumstritten ist, dass Lebenserfahrung, Wissen und Können der älteren Generation eine wesentliche Grundlage für ein gesellschaftliches Miteinander und für die Verbesserung der Sicherung der sozialen Errungenschaften darstellen.

Dieser Erkenntnis entsprechen die Prinzipien der UNO für ein würdevolles Leben Älterer, indem sie die Verantwortung der Gesellschaft für die ältere Generation und die Notwendigkeit ihrer aktiven Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben der Kommunen in einen wesentlichen Zusammenhang stellen.

Den Hintergrund für eine Erstellung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes im Rahmen der Seniorenpolitik in Niedersachsen stellen diese UNO-Prinzipien. In ihnen wird festgehalten, dass ältere Menschen sich selbst verwirklichen sollen und unabhängig in Würde leben können, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben und in ein System der Pflege und Unterstützung eingebunden sind.

- Dieses Gesetz soll die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben fördern, die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen

und Senioren in Niedersachsen stärken, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einbeziehen und die Beziehungen zwischen den Generationen verbessern.

- Mit ihm soll erreicht werden, dass alle Behörden des Landes Niedersachsen unter aktiver Eigenbeteiligung der niedersächsischen Seniorinnen und Senioren zusammenarbeiten.
- Es soll allen Personen als Richtschnur dienen, die das 60. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben.

Vertreten werden die Seniorinnen und Senioren durch Seniorenvertretungen in den Kommunen. Die Zusammensetzung dieser Gremien soll hinsichtlich der Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse der Mitglieder möglichst eine wirkungsvolle Vertretung der Belange mithilfe des Gesetzes gewährleisten.

Die NBB-Seniorenvertretung (Kommission für Seniorenarbeit) hat sich deshalb bereit erklärt, an diesem Gesetz mitzuarbeiten, weil aus jahrelanger Erfahrung der Mitglieder der Kommission es sinnvoll ist, nach festgelegten Regeln – einem niedersächsischen Seniorenmitwirkungsgesetz – eine Gleichbehandlung und einen höheren Wirkungsgrad bei der Durchsetzung der Belange Älterer zu erreichen.

Der NBB-Landesvorstand unterstützt dieses Vorgehen und will sich im politischen Raum dafür einsetzen.

Die Erarbeitung und Veröffentlichung des Gesetzes wird einige Zeit dauern. In den Bundesländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg ist seit Jahren mit Unterstützung ihrer länderbezogenen Seniorenmitwirkungsgesetze eine erfolgreiche Seniorenarbeit und Seniorenpolitik zu erkennen.

*Peter Bahr*



## Delegiertenversammlung des BLVN

Die Verschmelzung der ehemaligen Verbände BLBS und VLAEH zum BLVN als übernehmender Rechtsträger wurde durch das Amtsgericht Hannover, VR 201121, am 5. Juli 2010 in das Vereinsregister eingetragen. Nach § 11 Abs. 3 der Satzung des BLVN hat eine Delegiertenversammlung nach vier Jahren stattzufinden, also 2014. Die erste **Delegiertenversammlung des BLVN** findet daher an folgendem Termin statt:

**21. und 22. November 2014**

**Hotel Park Soltau in**

**29614 Soltau**

**([www.Hotel-Park-Soltau.de](http://www.Hotel-Park-Soltau.de))**

Bitte den Termin schon einmal vormerken! Einladungen dazu verschickt der Landesvorstand rechtzeitig.

Die wichtigste Aufgabe der Delegiertenversammlung ist es, neben der Wahl des Vorstandes „grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit des Verbandes zu erörtern und bei Bedarf hierüber zu beschließen“ (§ 14 der Satzung). Im Hinblick auf die demografische Entwicklung, die Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung und die finanzielle Entwicklung – alles bezogen auf die berufsbildenden Schulen – ist die bildungs- und berufspolitische Diskussion der Delegiertenversammlung im Herbst 2014 sicher von besonderer Bedeutung.

*Lothar Lücke*

## Unsere Verbandskreditkarte

### Der BLVN bietet seinen Mitgliedern kostenlos eine MasterCard Gold an

**Ab 1. April 2011 stellt der Berufsschullehrerverband Niedersachsen seinen Mitgliedern – als eine weitere neue Dienstleistung – eine MasterCard Gold mit einigen besonderen Vorteilen kostenlos zur Verfügung.**

#### **Diese Vorteile haben unsere Mitglieder:**

Alle Mitglieder des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen können mit der neuen Verbandskreditkarte ab sofort weltweit bargeldlos und ohne Gebühren bezahlen. Neben dem Wegfall der vielfach üblichen Auslandszuschläge gibt es viele zahlreiche weitere Nutzungsvorteile, insbesondere durch Rabatte beim Kauf von Neuwagen, durch hohe Rabatte bei Buchungen von Reisen und durch kostenfreie Versicherungen für mit der Karte bezahlte Reisen.

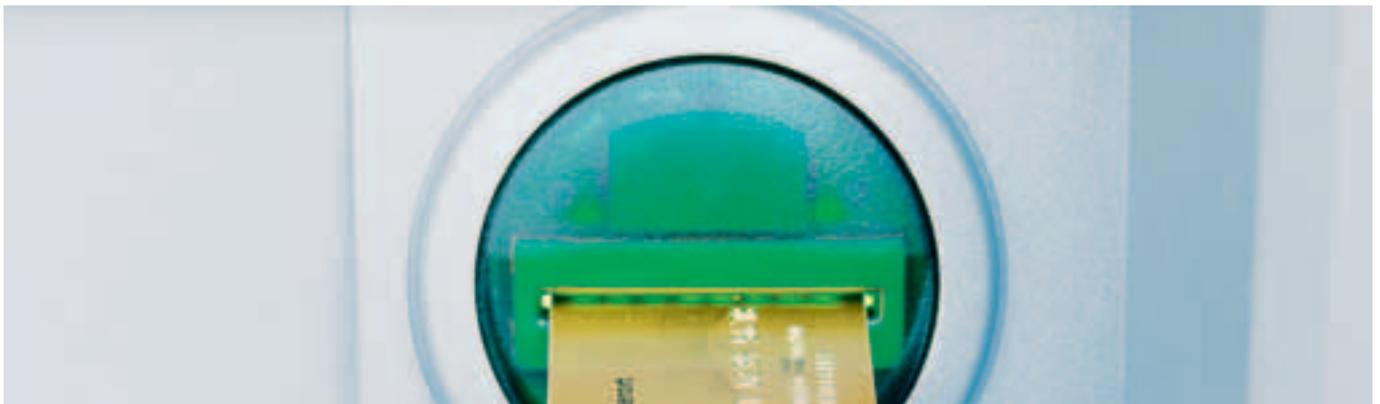
#### **Und so funktioniert es:**

Ein Antragsformular für die Verbandskreditkarte und weitere Informationen sind auf der Homepage des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen unter [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de) abrufbar. Dort werden



die Vorteile und Möglichkeiten der Berufsschullehrerverbandes-MasterCard Gold erläutert und die allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Abruf bereitgestellt. Sie finden auf der Homepage auch Antworten auf häufig gestellte Fragen zur gesamten Abwicklung und die allgemeinen Geschäftsbedingungen.

*Gabriele Matzke-Ludwig*



# Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdata: siehe Impressum)

## Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
<b>60 Jahre</b>				<b>82 Jahre</b>			
Möllear	Reimut	Rinteln	09.04.1953	Preut	Heinrich	Cloppenburg A	02.04.1931
Glüpker	Annegret	Nordhorn A	16.04.1953	Haasche	Elisabeth	Aurich	05.04.1931
Zöllner	Hans-Jürgen	Wolfsburg	17.04.1953	Patyna	Hans-Dietrich	Winsen	22.04.1931
Dikhoff	Herbert	Hildesheim	09.05.1953	Jöhren	Gerd	Wolfsburg	19.06.1931
Over	Dr. Gerhard	Meppen	16.05.1953	Hartz	Antonius	Lingen	22.06.1931
Becker	Hans	Meppen	18.05.1953	Rötter	Heinrich	Hannover ME	24.06.1931
Kuschel	Alfred	Gifhorn	26.05.1953	<b>83 Jahre</b>			
Addicks	Werner	Osterholz-Scharmbeck	28.05.1953	Brötje	Gerda	Goslar	27.04.1930
Brand	Uwe	Bremervörde	29.05.1953	Hanke	Götz	Braunschweig II	15.05.1930
Eckelmann	Marita	Cloppenburg A	03.06.1953	Tonne	Hanna	P Hannover	29.06.1930
Möhle	Erich	Hameln	07.06.1953	<b>84 Jahre</b>			
Hornstein	Christa	Salzgitter	16.06.1953	Olbrich	Wilhelm	P Osnabrück	04.04.1929
Schmidt-Stapel	Christian	Stade	30.06.1953	Vallo	Alfons	Diepholz	28.04.1929
<b>65 Jahre</b>				Spaltner	Gerhard	P Hannover	06.05.1929
Augustin	Alfred	Lingen	03.04.1948	Hollwege	Walter	Norden	31.05.1929
Kramer	Jens	Cuxhaven	05.04.1948	<b>85 Jahre</b>			
Rüber	Ingrid	Hildesheim	07.04.1948	Uhl	Wolf-Dieter	Celle	27.04.1928
Hahne	Margrit	Wolfsburg	22.04.1948	Gorney	Horst	Osterholz-Scharmbeck	17.06.1928
Harpel	Gerhard	Papenburg G	27.04.1948	<b>86 Jahre</b>			
Fischer	Dieter	Stadthagen	02.05.1948	Bantje	Werner	Alfeld	17.04.1927
Podendorf	Heinz	Cadenberge	03.05.1948	Bellin	Christoph	Gifhorn	17.04.1927
Schulte	Anna	Meppen	05.05.1948	Flerlage	Josef	Cloppenburg G	02.05.1927
Ahrens	Gerhard	Hannover 2	16.05.1948	Scheessel	Rosemarie	Northeim	20.06.1927
Bockholt	Josef	Lingen	18.05.1948	<b>87 Jahre</b>			
Janßen	Heiner	Lingen	27.05.1948	Schmidt	Jürgen	Hannover ME	12.04.1926
Kiewald	Harald	Stade	08.06.1948	Trede	Hans-Werner	P Stade	29.06.1926
Preiser	Wolfgang	Northeim	10.06.1948	<b>88 Jahre</b>			
Loelhoeffel	Norbert	Nienburg	28.06.1948	Sextroh	Gisela	Oldenburg	06.04.1925
<b>70 Jahre</b>				Schmied	Willi	Winsen	07.04.1925
Allers	Gerhard	Stade	01.04.1943	Möhle	Irmtraut	Syke	21.05.1925
van der Grinten	Hans-Joachim	Duderstadt	24.04.1943	Siart	Sigmund	Hameln	19.06.1925
Herter	Günter	Lüneburg	02.05.1943	<b>89 Jahre</b>			
Grunow	Manfred	Hannover 3	09.05.1943	Witte	Gisela	Peine	26.04.1924
Cohrs	Wilhelm	P Lüneburg	12.05.1943	Ahrens	Ewald	Bersenbrück	11.05.1924
Schlink	Fritz	Springe	09.06.1943	<b>90 Jahre</b>			
Bade	Heinz-Erhard	Alfeld	19.06.1943	Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923
<b>75 Jahre</b>				<b>91 Jahre</b>			
Bartels	Wilhelm	Lüneburg	10.04.1938	Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Serafin	Günter	Braunschweig II	16.04.1938	Ingeborg	Stade	Stade	18.04.1922
Cloppenburg	Reinhard	Meppen	13.05.1938	Stefanowski	Lotte	P Stade	05.06.1922
Kleene	Heinrich	Leer	15.05.1938	<b>92 Jahre</b>			
Burfeind	Werner	Verden	19.05.1938	Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Janssen	Bodo	Braunschweig II	12.06.1938	Isenbeck	Johanna	Bersenbrück	18.05.1921
Miersch	Friedrich	Gifhorn	18.06.1938	Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Rothenbusch	Ernst-Achim	Northeim	29.06.1938	Krause	Werner	Varel	07.06.1921
<b>80 Jahre</b>				<b>93 Jahre</b>			
Oehr	Erich	Stade	03.04.1933	Willeke	Werner	Hannover 3	04.04.1920
Pannek	Hannelore	Wilhelmshaven	15.04.1933	Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Huslage	Maria	Cloppenburg A	25.04.1933	<b>94 Jahre</b>			
Völpel	Gerhard	Braunschweig II	25.06.1933	Körner	Walter	Alfeld	18.04.1919
<b>81 Jahre</b>				Hein	Heino	Oldenburg	30.05.1919
Sieverding, gr.	Maria	Vechta	14.04.1932	<b>96 Jahre</b>			
Wagenleiter	Gerhard	P Hannover	13.05.1932	Tolkmitt	Dorothea	P Braunschweig	08.04.1917
Petering	Rolf	P Osnabrück	14.06.1932	<b>98 Jahre</b>			
Vennekamp	Albert	Lingen	23.06.1932	Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
				Kindervater	Editha	P Lüneburg	16.05.1915

## Wir gedenken

Geburtsdatum	Verstorben	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
13.09.1919	09.12.2012	Fischer	Käthe	Osnabrück	Papenburg A	
10.01.1940	21.12.2012	Schulz	Tilo	Braunschweig	Wolfsburg	StD a.D.
03.02.1939	01.01.2013	Suhr	Erich	Ostfriesland	Aurich	L.f.F. a.D.
21.07.1938	10.01.2013	Thiele	Ute	Braunschweig	Peine	OSTR'in a.D.
20.07.1926	15.02.2013	Schaede	Klaus	Hannover	P Hannover	Staats. a.D.
12.04.1924	04.03.2013	Petersen	Klaus	Hannover	P Hannover	LRSD a.D.
11.12.1916	24.03.2013	Heukeroth	Gertrud	Hannover-Süd	Hameln	OSTR'in a.D.

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
<sup>2)</sup> Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %

**Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 7-Fachen  
Ihrer Nettobezüge**

**0,- Euro<sup>1)</sup>**

## Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### 0,- Euro Bezügekonto<sup>1)</sup>

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

### + 6,99 %<sup>2)</sup> p. a. Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

#### Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
<b>Effektiver Jahreszins</b>	<b>7,18 %</b>

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

### + 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

#### BBBank eG

Direktbank, 76119 Karlsruhe  
Telefon 07 21/141-23 09, Telefax 07 21/141-23 08  
E-Mail direktbank@bbbank.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst